

Im Gespräch bleiben

Sehr geehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege,

eine Studie aus dem Jahr 1999 ist mir dieser Tage wieder einmal in die Hände gefallen. Dort lese ich: „Die Kommunikation zwischen Zahnärzten und Patienten hat sich verändert. Beide Gruppen reden heute offener und entspannter miteinander.“ Ähnliche Ergebnisse zeigt auch die von der Bayerischen Landeszahnärztekammer im vergangenen Jahr abgeschlossene Studie „Zahnärzte in Bayern: Zukunft der Praxis – Praxis der Zukunft“. Zahnärzte haben es bei der Behandlung mit aufgeklärten, mündigen Partnern zu tun, die sich Informationen auch außerhalb unserer Praxen besorgen. Nicht immer sind diese Informationen belastbar und auch die marktschreierische Werbung mancher Kollegen trägt zu falschen Erwartungen bei. Dass unsere Patienten heute kostenbewusster sind, so die Einschätzung fast jedes zweiten bayerischen Zahnarztes, macht ihre umfassende Information erforderlich.

Neben den Fragen zur konkreten Behandlung stellen wir fest, dass Patienten mehr als verunsichert sind, was die Zukunft unseres Gesundheitswesens angeht. Diese Verunsicherung wird in den nächsten Wochen noch zunehmen, wenn sich die politischen Parteien mit ihren Wahlaussagen zum Thema Gesundheit äußern. Auch über die Konzepte der Politik sollten wir mit unseren Patienten reden. Wenn sich die Politik anmaßt, immer stärker in die ärztliche Selbstverwaltung und in die Berufsausübung einzugreifen, müssen wir uns – gemeinsam mit unseren Patienten – in die Politik einmischen.

Alle Beteiligten wissen: Unser Gesundheitssystem steht unter erheblichem Veränderungsdruck. Ein „Weiter so“ kann es schon angesichts der demografischen Entwicklung nicht geben. Je besser wir dies kommunizieren, umso mehr werden es auch unsere Patienten verstehen. Wenn der Präsident der Bundesärztekammer eine Rangliste für Gesundheitsleistungen vorschlägt, weil nicht jede medizinische Leistung von der Solidargemeinschaft finanziert werden kann, verdient er Unterstützung, nicht Kritik. Schließlich hat Professor Jörg-Dietrich Hoppe nichts anderes gesagt, als in



Christian Berger
Vizepräsident der Bayerischen
Landeszahnärztekammer

der Zahnheilkunde schon lange praktiziert wird. Unsere Patienten haben – quasi von Kindesbeinen an – gelernt, was Eigenverantwortung, etwa in Form von Prophylaxe, bewirken kann. Sie wissen, was Wahlleistungen sind und akzeptieren Zuzahlungen, vorausgesetzt man redet mit ihnen.

Reden muss man auch mit der Politik. Dabei sind wir keine Almosenempfänger, die sich dafür bedanken, dass es den BEMA noch gibt. Unsere Forderungen müssen auf mehr Eigenverantwortung, mehr Prävention, auf Kostenerstattung und nicht allein auf regelmäßige Abschlagszahlungen der KZVB gerichtet sein. Wer es sich wegen kalter Füße unter dem Schutzschirm der gesetzlichen Krankenversicherung gemütlich machen möchte, wird erleben, dass die Füße schon bald nass werden. Ein angemessenes Honorar lässt sich weder über den BEMA noch über die 20 Jahre alten Punktwerte in der GOZ erzielen. Preise wie vor 20 Jahren taugen nicht für moderne Zahnheilkunde. Der Dialog darüber kann nicht nur im Rahmen politischer Kontakte, die wir in Fülle nutzen, geführt werden. Diese Gespräche müssen jeden Tag in unseren Praxen stattfinden.

Ihr Christian Berger